

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob): Was will der Gemeinderat: Rechtsfreie Reithalle für Anarchisten oder Rechtsgleichheit? Der Gemeinderat ist gefordert!

Die Reithalle schloss in der Sommerpause während der Tour de France. Sie machte dafür Betroffenheit über ein tragisches Ereignis geltend, bei der eine Frau Opfer eines sexuellen Übergriffes wurde. Dieser Sachverhalt kam aber leider offenbar erst Tage nach dem Vorfall zur Anzeige, was die Täterermittlung wohl erschweren wird. Die Interpellanten bedauern den Vorfall ausserordentlich. Es sei in diesem Zusammenhang einzig der Hinweis erlaubt, dass die Vorfälle, bei denen elf Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden, für die Betreiber der Reitschule keinen Grund für eine Schliessung darstellte und im Gegenteil die Polizei bei ihren Einsätzen im Raum Reithalle regelmässig angegriffen und beschimpft werden. Die Ermittlung flüchtiger Tatverdächtige in die Reitschule ist nur mit einem massiven Polizeiaufgebot möglich. Bereits kurz nach der Wiedereröffnung wurde die Reitschule wieder als Rückzugsraum von Anarchisten missbraucht.

Die Reitschule kann ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und gefährdet die Sicherheit der Gäste, Passanten und Polizeibeamten massiv. Eine Verbesserung ist leider nicht in Sicht. Im Gegenteil! Das selbst deklarierte ausserparlamentarische, linke politische Zentrum will noch vermehrt, dass die Polizei sich auf deeskalierende Einsätze beschränkt. Im Klartest: in der Reitschule gibt es ein Kirchenasylähnlichen Schutz für Tatverdächtige.

Aus den Medien (Bund vom 18.8.2016) ist zu entnehmen, dass sich der Gemeinderat auch um die leidige Lärmproblematik im Umfeld der Reithalle offensichtlich „fouiert“; andere Betriebe werden aber genau kontrolliert und müssen betr. Lärm und Gastgewerbebetriebe z.T. rigide Auflage einhalten.

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wird durch das Verhalten der Reitschulaktivisten die polizeiliche Arbeit im Raum Schützenmatte nicht massiv erschwert und die Reitschule wird so zu einem rechtfreien Raum für Tatverdächtige? Ist die Reitschule ein rechtsfreier Raum? Dies vor dem Hintergrund, dass die Strafverfolgungsbehörden ihre gesetzlichen Pflichten jederzeit und überall wahrnehmen müssen und die Gespräche mit der Reithalle trotz unzähligen Versuchen und Moderatoren nichts gebracht haben.
 - a) Wenn Nein, warum nicht?
 - b) Wenn Ja, wie gedenkt der Gemeinderat, diese seit Jahren bestehenden Zustände zu beenden?
2. Wie will der Gemeinderat, Polizeibeamten und Passanten, die sich im Umfeld der Reithalle aufhalten und nicht dem ausserparlamentarischen linken Zentrum angehören, schützen? Sieht hier der Gemeinderat Handlungsbedarf? Wenn Ja, welchen? Wenn Nein, warum nicht?
3. Erachtet es der Gemeinderat als nötig ein Konzept betr. Lärmproblematik Reithalle zu entwickeln? Wenn Ja, wie sieht dieses aus? Wenn Nein, warum nicht??
4. Wie stellt der Gemeinderat die Gleichbehandlung der Reitschule mit anderen Gewerbebetrieben (Gastgewerbebetriebe, Ausgangslokale) und Privaten sicher?
5. Die Betreiber können ihren Verpflichtungen offensichtlich nicht nachkommen; sie müssen dies selber eingestehen. Der Leistungsvertrag (Sicherheitsvereinbarung) kann durch die Betreiber nicht eingehalten. Erachtet es der Gemeinderat als nötig, Alternativen für die Nutzung der Reithalle durch die bisherige Trägerschaft zu prüfen? Wenn Ja, welche? Wenn Nein, warum nicht?

Bern, 18. August 2016

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Manfred Blaser, Roger Mischler, Kurt Rüeegsegger, Rudolf Friedli, Roland Iseli

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hatte in den letzten Jahren mehrfach Gelegenheit darzulegen, dass es in der Stadt Bern keine rechtsfreien Räume gibt. Dies trifft nach wie vor auch auf den Raum der Schützenmatte und Reitschule zu. Es trifft allerdings auch zu, dass dieser Raum für polizeiliche Einsätze aus wiederholt dargelegten Gründen ein schwieriger Einsatzraum für die polizeiliche Arbeit bildet. Ebenso ist einzuräumen, dass Vollzugskontrollen zum Gastgewerbegesetz aus Gründen des Eigenschutzes teilweise nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich sind.

Zu Frage 2:

Gemeinderat und Kantonspolizei haben in der Vergangenheit diverse Massnahmen getroffen, um die Sicherheit im Raum Schützenmatte/Reitschule zu verbessern. Neben polizeilichen Massnahmen (erhöhte Polizeipräsenz, Schwerpunktaktionen gegen den Drogendeal) wurden auch Beleuchtungs-, Belebungs- oder bauliche Massnahmen geprüft und soweit möglich und sinnvoll umgesetzt.

Zu Frage 3:

Die Lärmproblematik von unbewilligten Partys auf dem Vorplatz der Reitschule und auf der Schützenmatte ist besonders an warmen Wochenendtagen nicht tolerierbar. Es wurden sowohl seitens Regierungsstatthalteramt als auch seitens Stadt Gespräche geführt und Massnahmen geprüft. Leider ergaben sich bisher keine einfachen Lösungen zur Behebung der Lärmproblematik. Wie in den Medien beschrieben herrscht hier tatsächlich eine Art Ratlosigkeit seitens der Stadt.

Interventionen durch die Mitarbeitenden der Kantonspolizei Bern gestalten sich jeweils schwierig, da eine Minderheit des „Partyvolks“, die intervenierende Polizei als „Gegner“ betrachtet. Eine vor Ort erscheinende Patrouille wird in der Regel verbal angegangen und leider auch öfters mit Flaschen, Steinen und sonstigen Gegenständen beworfen. Dies gilt für die Fahrzeuge, wie aber auch für die Mitarbeitenden der Kantonspolizei Bern.

Aktuell prüft der Gemeinderat eine ordentliche Aussenbestuhlung und einen Barcontainer unter dem Eisenbahnviadukt. Dies entspricht einer Empfehlung aus der Planung Schützenmatte, welche eine nachhaltige Belegung des Perimeters vorsieht. Dabei wird auch die mögliche Lärmvermeidung oder -verminderung zentraler Aspekt sein, welcher durch das notwendige Betriebskonzept zu berücksichtigen sein wird.

Zu Frage 4:

Für die Reitschule wurde seitens des Regierungsstatthalteramts Bern-Mittelland ein Sicherheitskonzept erlassen bzw. genehmigt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Regierungsstatthalteramt alle Überzeitbetriebe rechtsgleich behandelt. Ende Oktober 2016 haben sich der Regierungsstatthalter, Vertreter der IKuR, die Orts- und Gewerbepolizei sowie die GVB betreffend Umsetzung der Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept geeinigt. Damit ist davon auszugehen, dass das Sicherheitskonzept vollzogen wird und Vollzugskontrollen im Gastgewerbebereich (inkl. Sicherheitskonzept und Zusatzvereinbarung) wieder möglich sein werden.

Zu Frage 5:

Dem Gemeinderat ist die Sicherheit rund um den grössten Kultur- und Jugendbetrieb ein zentrales Anliegen. Er verurteilt Angriffe auf die Polizei und Dritte aufs Schärfste. Er erwartet, dass innerhalb

und ausserhalb der Reitschule sämtliche Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheitssituation getroffen werden. Auch erwartet der Gemeinderat eine Kooperation der Reitschule mit den Behörden. Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass sich die Kooperationsbereitschaft dank der Vermittlung durch Herrn Hans Wiprächtiger, ehemaliger Bundesrichter, verbessern wird. Die Frage eines Wechsels der Trägerschaft für den Kulturbetrieb der Reitschule stellt sich nach der Einigung zum neuen Leistungsvertrag inkl. dem Sicherheitskonzept und Zusatzvereinbarung nicht.

Bern, 14. Dezember 2016

Der Gemeinderat